

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt:

Standortnachteil Ost

■ Kai-D. Bussmann/Markus Werle

Die Neuen Länder weisen gegenüber den westdeutschen in vielfältiger Hinsicht eine Reihe von Standortnachteilen auf. Die Untersuchungen der Autoren zur Bedeutung von Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikaler Gewalt als Standortmerkmal (siehe Beitrag in diesem Heft) legen die Vermutung nahe, dass hiervon besonders betroffene Regionen einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil haben. Die ostdeutschen Bundesländer fallen seit Jahren durch eine entsprechend höhere Problemlastung auf. Noch wichtiger ist im Kontext von Standortfaktoren jedoch, dass Personen und Unternehmen die Problematik der Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikalen Gewalt mit diesen Regionen Deutschlands verbinden. Sie haben in dieser Beziehung seit den Vorfällen von Hoyerswerda und Rostock ein negatives Image, mögen andere Regionen Deutschlands ebenfalls nicht verschont geblieben sein.

Im Vergleich zwischen Alten und Neuen Ländern spiegelt sich dieses negative Image in den Erfahrungen der Unternehmen. Wir haben in Ost und West jeweils knapp 300 Unternehmen danach gefragt, ob Fremdenfeindlichkeit oder rechte Gewalt in der Region Entscheidungen Ihres Betriebs mit beeinflusst haben. Diese Frage wurde von 11% der ostdeutschen Unternehmen gegenüber 5% der Westdeutschen klar bejaht (vgl. Abbildung 1). Auch die Prognose fällt eindeutig aus: In den Neuen Bundesländern rechnen 28% der Unternehmen mit einer (erneuten) Beeinflussung, in den Alten Ländern sind es nur 17%.

Noch deutlicher wird die Diskrepanz bei der Relevanz von Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt für Standortentscheidungen. Auf die Frage: »Trifft es zu, dass das Auftreten von Fremdenfeindlichkeit oder rechter Gewalt in der Region eine Bedeutung für Standortfragen hat?« bejahten 18% der Unternehmen aus den Neuen Bundesländern gegenüber nur 9% aus den Alten. Zwar konnten wir die Konsequenzen, die Unternehmen im Einzelnen aus ihrer Erfahrung ziehen bzw. gezogen haben, nicht erheben. Insbesondere wissen wir nicht, für wie viele Unternehmen in den ostdeutschen Regionen dies ein zusätzlicher Grund gewesen ist, den dortigen Standort (wieder) auf-

zugeben. Die Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands sind jedoch frappierend.

Stellenbewerber fragen nach

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt wirken sich zudem in vielfältigen Entscheidungsprozessen aus. Auch auf Seiten von Stellenbewerbern. In den vorherigen Analysen wurden bereits die weiteren Auswirkungen auf die *Personalgewinnung* festgestellt. Im Bundesdurchschnitt gaben knapp 30% der Unternehmen an, dass Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt in Bewerbungsgesprächen thematisiert wurden, aber die Betriebe in den Neuen Bundesländern machten diese Erfahrung doppelt so häufig (40%) wie in den Alten Ländern.

Das Problemgefälle wird noch deutlicher, wenn siebenmal häufiger Unternehmen in Ostdeutschland diesbezügliche Ängste ihrer Bewerber hinter Stellenabsagen vermuten (vgl. Abbil-

dung 2). Zwar handelt es sich bei Vermutungen um weiche Daten, aber weitere Fragen nach den konkreten Erfahrungen bestätigen dieses Bild. In den Neuen Ländern haben 11% bzw. 9% der Unternehmen von Stellenbewerbern Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt als expliziten Absagegrund genannt bekommen. Demgegenüber war dies in den Alten Ländern nur bei 4% der Betriebe der Fall.

Diese hohe Differenz zwischen den vermuteten Absagegründen in Ost und West lässt sich wahrscheinlich nicht allein auf ein reales entsprechendes Problemgefälle in puncto Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt zurückführen. Es scheint vielmehr in Teilen fast schon zu einer Art Stigmatisierung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland gekommen zu sein, die aber auf einer *hohen Sensibilität* gerade gegenüber diesen Verhaltensweisen sowohl auf Unternehmens- als auch Bewerberseite beruht.

Abbildung 1: Handicap für den Osten: Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt

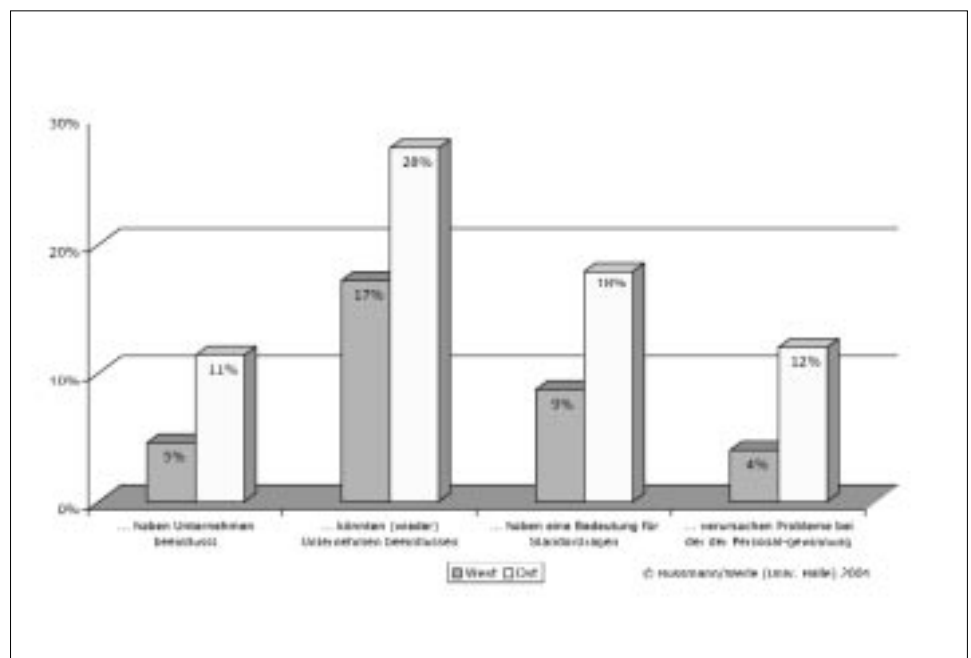
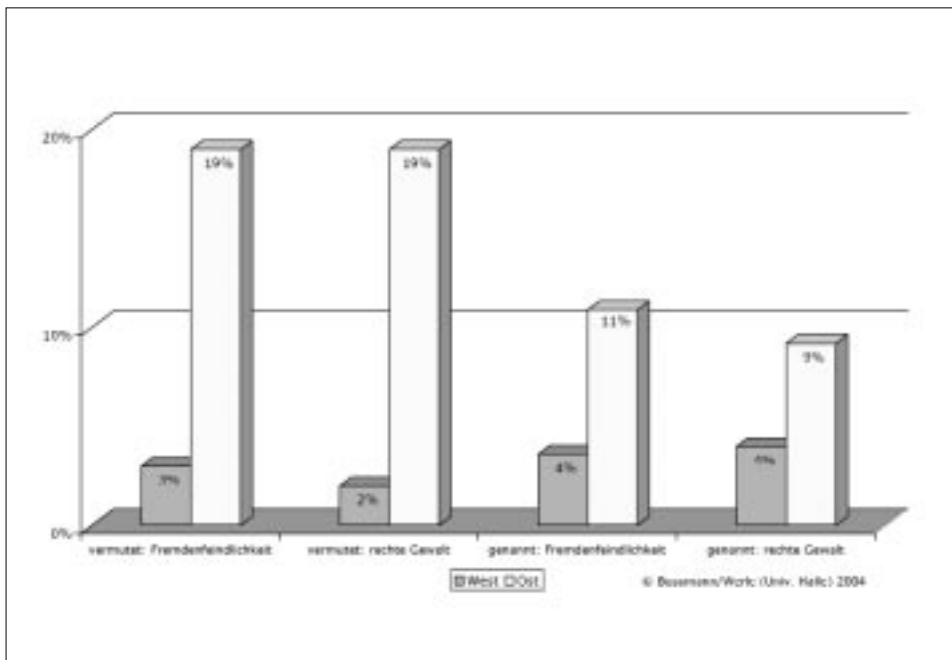


Abbildung 2: Vermutete und expliziert genannte Absagegründe von Bewerbern



Die Erfahrungen und Einschätzungen der Betriebe zeigen auch, dass die Stellenbewerber kaum zwischen Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt unterscheiden. Dies ist aus der Distanz auch kaum möglich und für die von beiden Erscheinungen ausgehende Verunsicherung sogar unerheblich. Bewerber und Unternehmen sind bei ihren Standortentscheidungen gleichermaßen auf Sekundärinformationen angewiesen, nicht zuletzt aus den Medien. Aus diesem Grund dürfte die Einschätzung der Fremdenfeindlichkeit einer Region sogar stark durch das Auftreten rechter Gewalt geprägt werden. Der »Flurschaden« für die Attraktivität einer Region allein durch wenige rechtsradikal bzw. fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten ist offenkundig erheblich.

In einer weiteren Frage haben wir den Fokus über konkrete Erfahrungen in Bewerbungsgesprächen hinaus auf die generelle Einschätzung von Bewerbermotivationen gerichtet. »Trifft es zu, dass Probleme bei der Personalgewinnung auch im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit oder rechter Gewalt in der Region stehen?« Diese Frage bejahten mit 12% ostdeutsche immer noch dreimal so häufig wie westdeutsche Unternehmen. Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt schwingen in vielen Perspektiven somit eindeutig negativ mit. Dies betrifft betriebliche Entscheidungen allgemein, konkrete Standortentscheidungen und auch die Sichtweise von Stellenbewerbern.

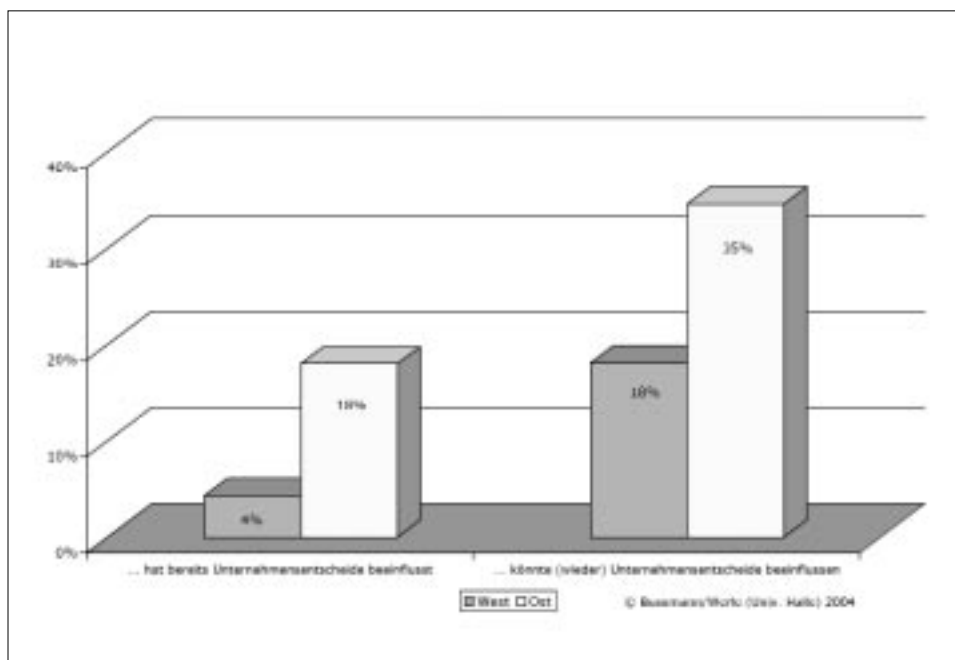
Unzufriedener Osten

In den vorherigen Analysen konnten wir zeigen, wie komplex weiche Standortfaktoren einander

gegenseitig beeinflussen. Es handelt sich um die Taxierung einer Region, die notwendigerweise subjektiv ist. Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt schienen unter allen Kriminalitätsformen – zumindest in Deutschland – die höchsten spill over Effekte aufzuweisen.

Es verwundert deshalb nicht, wenn 18% der ostdeutschen Unternehmen gegenüber nur 4% im Westen meinten, betriebliche Entscheidungen wurden auch durch regionale Kriminalität

Abbildung 3: Regionale Kriminalität



beeinflusst. Zudem halten 35% der ostdeutschen Unternehmen eine (erneute) Beeinflussung von Unternehmensentscheidungen durch Kriminalität für möglich; im Westen sind es nur 18%. Keine ermutigende Prognose für die Neuen Bundesländer (vgl. Abbildung 3).

Die Sensibilität ist in ostdeutschen Unternehmen somit mehr als viermal höher als in Westdeutschen, obwohl die Kriminalitätsbelastung nicht annähernd ähnlich hoch differiert. Zwar weisen die Neuen Länder laut Polizeilicher Kriminalstatistik (2002, S. 49) seit längerem eine erhöhte Delinquenzquote auf, insbesondere bei einfachem Diebstahl und Diebstahl unter erschwerenden Umständen und Sachbeschädigung, aber die Diskrepanz bewegt sich auf einem Niveau von etwa 10 Prozentpunkten. Auch die häufigere Gewaltkriminalität von ostdeutschen Jugendlichen vermag kaum diese differierenden Standortbewertungen zu rechtfertigen.

In weiteren Analysen zeigt sich, bei allen Kriminalitätsformen weisen die Unternehmen in den Neuen Ländern eine extrem hohe Unzufriedenheit auf (vgl. Abbildung 4). Allerdings ist die Ost-West-Diskrepanz bei Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt am höchsten. Daneben wird ihre Unzufriedenheit vor allem durch eher bagatelartige Delikte wie Belästigung / Vandalismus und Diebstahl / Sachbeschädigung hervorgerufen.

Ein Blick auf die vergleichende Kriminalitätsfurchtforschung zeigt, dass die in den Neuen Ländern anfänglich geradezu irrationale Furcht sich mittlerweile weitgehend auf dem niedrigeren Westniveau eingependelt hat (Reuband

1999). Die deutlich größere Unzufriedenheit der ostdeutschen Unternehmen mit ihrer regionalen Delinquenz kann daher nur teilweise mit einer noch zu geringen Gewöhnung an höhere Kriminalitätsbelastungen erklärt werden.¹ Vielmehr dürften hierfür Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen weichen Standortfaktoren (Kriminalität, Image und Attraktivität der Region usw.) verantwortlich sein. Fremd- und Selbstbeschreibung einer Region, Image und Identität, geraten leicht in einen gemeinsamen Abwärtstrend, weil es sich um *subjektive* Bewertungen handelt.

Dies relativiert aber nicht deren Bedeutung, da die meisten Unternehmen in der Regel keine sorgfältige Analyse über die Sicherheitslage und Fremdenfeindlichkeit einer Region anstellen (können), sondern wie auch bei anderen weichen Standortfaktoren aufgrund weniger Informationen und Fakten – hier Berichte über rechte Gewalt in Ostdeutschland – ihre Entscheidungen nach Plausibilitätskriterien treffen.

Fremdenfeindlichkeit schreckt Forschung und Entwicklung

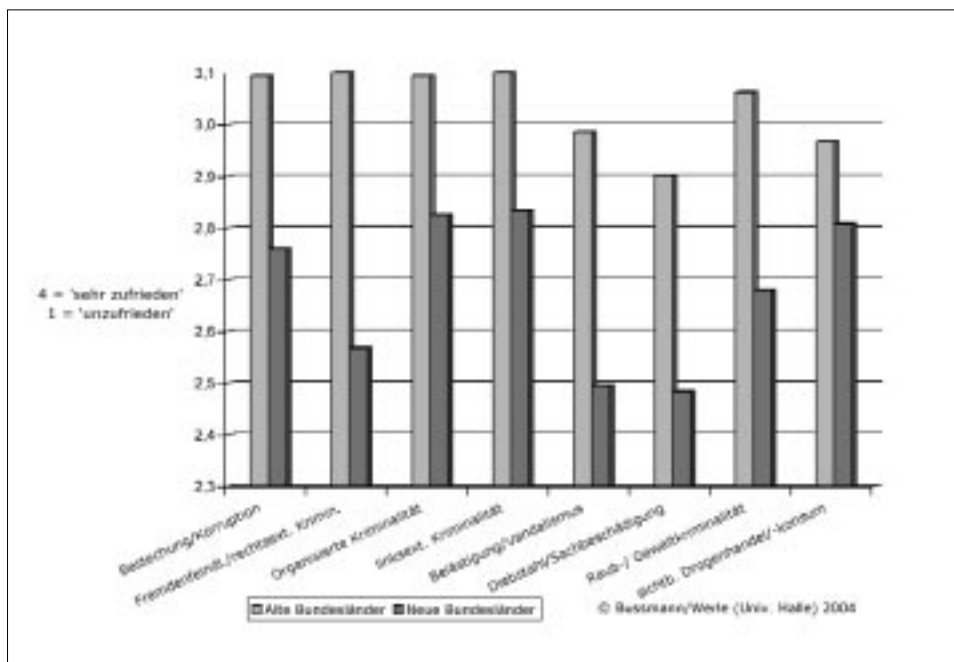
Die sich abzeichnende Problematik für die Neuen Länder verschärft sich, wenn man den Blick auf Unternehmen richtet, die einen Schwerpunkt im Bereich von Hochtechnologien, oftmals verbunden mit Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F&E) haben. Wir bildeten eine Subgruppe mit F&E Unternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet (N = 236) und untersuchten ihre (Un-)Zufriedenheit mit der Kriminalitätsbelastung, Fremdenfeindlichkeit und rechten Gewalt an ihrem Standort im Vergleich zu anderen Unternehmen ohne F&E Abteilung.

Die These war, dass diese Unternehmen aufgrund ihres Bedarfs an internationalem hochqualifizierten Fach- und Führungspersonal überwiegend in Regionen tätig sind, die nur gering mit Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt belastet sind. Diese Verbindung zwischen dem besonderen Anspruch und Sicherheitsbedürfnis der hochqualifizierten Beschäftigten eines innovativen Unternehmens und regionalen Standortfaktoren wie Kriminalitätsbelastungen und Fremdenfeindlichkeit zeigt sich an der Zufriedenheit der Unternehmen mit den entsprechenden Gegebenheiten vor Ort.

An allen F&E Standorten äußern sich die ansässigen Unternehmen mit den von uns erhobenen Kriminalitätsformen und Fremdenfeindlichkeit zufriedener (vgl. Abbildung 5).

Die Sensibilität von F&E Unternehmen tritt besonders hervor, wenn man nach der Bedeutung fragt, die einzelne abweichende Verhaltensweisen für sie haben. Rechtsextremer Gewalt und Fremdenfeindlichkeit weisen sie mit Abstand den höchsten Rang zu. Für Unternehmen ohne F&E

Abbildung 4: Zufriedenheit mit ausgewählten Kriminalitätsformen in Ost und West



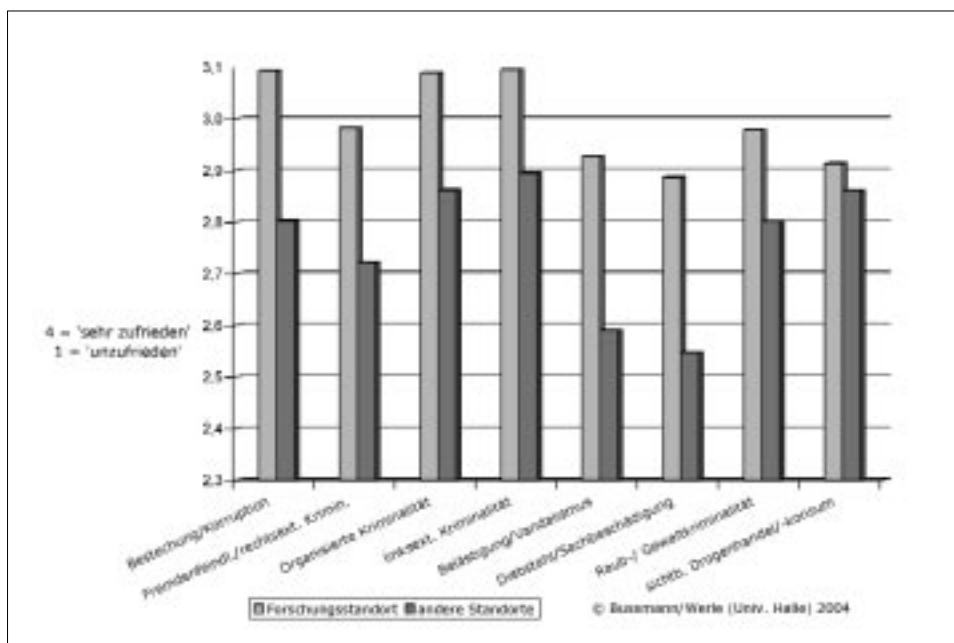
Abteilung vor Ort sind hingegen die Formen der klassischen und Alltagskriminalität für ihren Betriebsstandort von besonderer Relevanz.

Im zusätzlichen Vergleich zwischen F&E Unternehmen in den Neuen Ländern (N = 81)² und den Alten (N = 155) zeigt sich erneut (ohne Grafik), dass es gerade der Aspekt der Fremdenfeindlichkeit und das Auftreten von rechter Gewalt ist, der für ihre besondere Unzufriedenheit verantwortlich ist. Diese Diskrepanz läßt be-

fürchten, dass ihre Erfahrungen und Eindrücke nicht gerade eine Empfehlung für andere standortsuchende F&E Unternehmen sind.

Offenkundig benötigen gerade Unternehmen, die, mehr als andere, ausländische Mitarbeiter und Manager beschäftigen, in besonderem Maße ideale Standortbedingungen. Zumindest am Standort ihres Betriebes sind sie mit der vielerorts anzutreffenden Fremdenfeindlichkeit und rechten Gewalt deutlich zufriedener.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit ausgewählten Kriminalitätsformen in Ost und West



Unternehmen suchen Sicherheit und Weltoffenheit

Es versteht sich von selbst, dass unsere Studie keine Aussagen über Einzelfälle erlaubt, sondern nur über Standortnachteile, die im konkreten Fall durch Vorteile ausgeglichen werden können. Viele bedeutende Unternehmensansiedlungen der letzten Jahre in den Neuen Ländern belegen dies. Gleichwohl sprechen alle Indikatoren aus unserer Befragung von Unternehmen dafür, dass Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt den ostdeutschen Ländern besonders schaden. Unternehmen – West wie Ost – werten derartige regionale Belastungen eindeutig als Handicap für einen Standort. Bemerkenswerterweise war gerade unter den Unternehmen, die vor Ort arbeiten, den ostdeutschen Betrieben, die größte Unzufriedenheit gegenüber derartigen fremdenfeindlichen Resentiments und rechtsradikal motivierten Übergriffen festzustellen. Man kann deshalb diese Problemsicht kaum als Ausfluss westlicher Vorurteile ansehen.

Besonders wichtig erscheint uns eine konsequente Thematisierung der Problematik im Kontext ihrer Zusammenhänge durch alle relevanten Akteure (Politik, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände). Denn das negative Bild gegenüber den Neuen Ländern in puncto Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt hat sich in der Wirtschaft längst verfestigt, so dass jegliches Tabuisieren der Thematik kaum Abhilfe schaffen dürfte, sondern im Gegenteil, durch Schweigen wird der bereits bestehende schlechte Gesamteindruck nur perpetuiert.

Gezielte Wirtschaftsförderung und Standortmarketing sind zwar wichtig, aber sie könnten in vielen Regionen durch eine aktive Kriminalprävention unterstützt werden, zu denen vor allem die zahlreichen Aktionen und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt³ genauso wie bewusstseinschaffende Kampagnen in der Bevölkerung gehören. So betrachtet stellt eine gute Sozial- und Kriminalpolitik auch die notwendige Ergänzung einer effizienten Wirtschaftspolitik dar. Beide bedingen einander, wie die Ergebnisse der Studie gezeigt haben.

Im internationalen Standortwettbewerb gilt es für den Standort Deutschland mehr denn je Hochtechnologieunternehmen, Forschungs- und Entwicklungsbetriebe anzusiedeln. Um Missverständnissen vorzubeugen, Deutschland ist aus unserer Sicht in puncto innere Sicherheit im Osten wie im Westen international gut aufgestellt, aber Globalisierung und europäische Osterweiterung fordern in steigendem Maße eine weltoffene soziale Umgebung. Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt verunsichern nicht nur nationale wie internationale Unternehmen, sondern sie können leicht mit einer gewissen Innovationsfeindlichkeit einer Region assoziiert werden.

Literatur

- Polizeiliche Kriminalstatistik (2002): BKA Statistik, hrsg. vom Bundeskriminalamt. Berichtsjahr 2002, Wiesbaden.
- Reuband, Karl-Heinz (1999): »Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel«, in: Neue Kriminalpolitik, S. 15-20.
- Reuband, Karl-Heinz (2000): »Kriminalität als Thema ostdeutscher Massenmedien vor und nach der Wende. Eine Analyse Dresdner Tageszeitungen 1988-1994«, in: Kriminologisches Journal, S.43-55.

Fußnoten:

- 1 Zur Relevanz der Medien in den Neuen Ländern siehe Reuband 2000.
- 2 Um diesen Vergleich zu ermöglichen, wurde zum Ausgleich der erheblich geringen Anzahl von F&E Unternehmen in den Neuen Ländern deren Stichprobenanteil angehoben.
- 3 Vgl. die umfangreichen Projektsammlungen im Internet; stellvertretend für viele andere: »Kommunale Datenbank gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit« des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (KO-DEX) unter www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/artikel/brennpunkte/kodex_datenbank_gegen_gewalt/index.html oder NetzGegenRechtsExtremismus.de.

TERMINAL

20 Jahre Sachbeschädigung

»Aus der Sprühdose der Pandora*«

Von Gönke Jacobsen

Die Neue Kriminalpolitik widmet sich an dieser Stelle nicht nur der Verantwortung für Jugend, sondern erinnert an eine Jubiläum der Verantwortungslosigkeit: Seit 20 Jahren zielen Graffiti – Kunstwerk oder ist es nur purer Vandalismus? – deutsche S-Bahn-Züge. Was heute schon zum gewohnten, wenn auch meist nicht gewollten, Stadtbild gehört, begann im Jahr 1984 in München mit einem gesprayten Bild auf der S4 nach Gelten-dorf.

Ein paar Fakten: Den ersten Schriftzug – als Namenskürzel, in der Szene »tags« genannt, sprühte ein junger Grieche 1971 an New Yorker Wände: »Taki183«. Mittlerweile findet man den Sprühwahn auf der ganzen Welt. Er ist längst nicht mehr nur Ausdruck der Hip-Hop-Kultur, sondern vielmehr Symbol der Jugend. Die Deutsche Bahn als Verlierer dieser Bewegung hat deshalb heute einen achtstelligen Geldbetrag für die Graffitibekämpfung in ihrem Haushalt vorgesehen. Die Entfernung eines 56 Meter langen »piece« war der Bahn im Jahr 1985 beispielsweise 6.000 Mark wert. Dabei wächst die Gruppe der meist jugendlichen Sprayer kontinuierlich an: von 1998 bis 2002 in und um München um 36,5 % auf 12.347 Taten.

Mittlerweile hat die Polizei Sonderkommissionen zur Sichtung der Graffiti-Szene eingesetzt oder Netzwerke für Hausbesitzer initiiert. Diese sollen auf der einen Seite Kunstkenner, sprich also Kunstwiedererkenner sein, und auf der anderen Seite die Straftaten

der Sprayer verfolgen und enttarnen und die zivilrechtlichen Ansprüche der Hausbesitzer sichern: welch ungewöhnlicher Zug zu praktischer Opferhilfe!

An dieser Stelle deshalb auch ein Dank an die Münchner Polizei: Nachdem der Photograph der Neuen Kriminalpolitik den »Muskelmann« auf S. 100 in seinem Kasten hatte, folgte prompt eine Personenuntersuchung durch besagte Kunstkenner, welche erfreut waren, dass es sich um ein Pressefoto für eine kriminalpolitische Zeitung und nicht um eine Selbstdokumentation des Sprayers handelte. Sie waren sofort sehr kooperativ: Natürlich gäbe es beeindruckende Exponate zu bewundern; ein individueller Studienrundgang konnte ohne Probleme zusammengestellt werden.

Nun, an wen richtet man den Glückwunsch? An die Graffiti-Sprayer, deren Lebensgefühl weiter an Wänden ihren Ausdruck findet; an die Bahn, die weiter einen Kampf gegen Windmühlen führt; oder an die Kriminalpolitik, die zwischen Entkriminalisierung und repressiven Druck einen Spagat versucht? Vielleicht muss die Gratulation gerecht unter den Beteiligten aufgeteilt werden: Erst das Zusammenwirken macht letztendlich den »Thrill« des Graffiti-Sprayen aus.

* So titelte die taz zwei am 30. Juni 2004, S. 13. Für weitere Informationen sei auf diesen Artikel verwiesen.